



Antrag

der Abgeordneten **Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Tessa Ganserer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Diskriminierung von LSBTIQ* bei der Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Personen im Polizeidienst und Maßnahmen dagegen zu berichten. Der Bericht sollte insbesondere Auskunft darüber geben,

- welche Schlüsse die Staatsregierung aus den Studienergebnissen von Dr. Verena Molitor und Prof. Dr. Tatjana Zimenkova zu Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Polizeiangehörigen zieht,
- welche Erkenntnisse über Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Personen im Polizeidienst in Bayern vorliegen,
- ob gegebenenfalls eigene Erhebungen in Bayern durchgeführt werden und wenn nein, warum nicht,
- welche Maßnahmen das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bezüglich Beseitigung der Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Personen bisher ergriffen hat,
- ob und welche Konsequenzen das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aus den Studienergebnissen hinsichtlich der Ausbildung, Handreichungen und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie Fortbildung für Vorgesetzte zieht, um Diskriminierung von LSBTIQ*-Personen im Polizeidienst vorzubeugen.

Begründung:

In der Zusammenfassung einer Studie von Dr. Verena Molitor (Universität Bielefeld) und Prof. Dr. Tatjana Zimenkova (Hochschule Rhein-Waal), die in der Februar-Ausgabe des Magazins „DP“ der Gewerkschaft der Polizei veröffentlicht wurde, werden strukturelle Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Beamtinnen und -Beamten erläutert. In Interviews mit betroffenen Personen aus allen Bereichen (Streifendienst, Bereitschaft, Sondereinheiten, Ausbildung, etc.) in Bund, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Brandenburg wurde nach Diskriminierungserfahrungen und Reaktionen darauf gefragt. Diskriminierungserfahrungen sind neben Lästereien hinter dem Rücken betreffender Personen auch die Weigerung, mit „dem schwulen Kollegen“ Streife zu fahren.

Deutlich wurde, dass diese Erfahrung in der Regel in einer gegen sich selbst gerichteten Reaktion mündete. Am häufigsten wurde der Drang zum „Overperforming“, also zum Erbringen besonderer Leistung genannt, um den „Makel“ der eigenen sexuellen und

bzw. oder geschlechtlichen Identität auszugleichen und sich Akzeptanz durch Leistung zu „erarbeiten“.

Erkenntnisse der Studie sind zudem, dass die vollzogene Diskriminierung als auch die bloß zu erwartende Diskriminierung gleichsam belastend sind für betreffenden Personen und in Overperforming münden. Der daraus resultierende permanente Druck, mehr leisten zu wollen und zu müssen, um akzeptiert zu werden, kann in Burn-Out und Zer-rütten von privaten und beruflichen Beziehungen münden.

Die Studie zieht dabei Vergleiche mit Erfahrungen anderer Minderheitengruppen im Po-lizeidienst, wie Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund bzw. anderer Haut-farbe.

Die Konsequenz von Anderssein und Diskriminierung mündet in einer mangelhaften Vertrauensbasis, die jedoch für den Arbeitsalltag in der Regel maßgeblich ist.

Interventionsmaßnahmen, Weiterbildungsangebote, externe Beratung und Gespräche im Kreis der Kolleginnen und Kollegen werden als geeignete Maßnahmen genannt, um Leistung nicht als Antidiskriminierungsstrategie betreffender Personen zu manifestie-ren. Zudem wird darauf verwiesen, dass Workshops mit Polizeibediensteten sowie Wis-senschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Bereich der Diversitätsforschung hilf-reich sind.